

Motion Fraktion SP/JUSO (Yasemin Cevik/Martin Krebs, SP): Die Stadt muss selber bauen und so mehr preisgünstigen Wohnraum schaffen

Das Ziel der SP ist es, sicheren, bezahlbaren, sozial durchmischten und ökologisch nachhaltigen Wohnraum für alle in der Stadt Bern zu garantieren. Dazu müssen verschiedene Massnahmen ergriffen werden, unter anderem muss die Stadt selber bauen und so mehr preisgünstigen Wohnraum schaffen.

Die bernische Kantonsverfassung formuliert für den Kanton und die Gemeinden unter anderem das Sozialziel, «dass alle zu tragbaren Bedingungen wohnen können».

Heute sind die Wohnausgaben aber ein stark ins Gewicht fallender Budgetposten für die unteren Einkommensschichten (erstes Quintil: 32.2% des Haushaltseinkommens). Der Mangel an preisgünstigem Wohnraum führt regelmässig zu schwierigen Situationen. Eine unbefriedigende Wohnsituation und eine nicht erfolgreiche Wohnungssuche hat wiederum längere Phasen von Stress und Angst zur Folge. Der Ausbau des Angebots von günstigem Wohnraum in der Stadt Bern bekämpft direkt die Armut und ist wichtig für die Förderung der sozialen Inklusion. Um einen Ausbau des Angebots von günstigem Wohnraum zu erreichen, muss die Stadt vermehrt selber bauen.

Die Stadt hat in der Vergangenheit beispielsweise mit dem Projekt Stöckacker Süd bewiesen, dass sie erfolgreich selber bauen kann. Weitere Projekte wie die Reichenbachstrasse, wo 104 Wohnungen entstehen sollen, werden folgen. Dort sollen sämtliche Wohnungen zu moderaten Preisen vermietet werden. Zudem werden etwas mehr als 20 Prozent der Wohnungen dem Segment «Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien» (GüWR) zugeführt.

Gerade das Segment «Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien» (GüWR) muss stark ausgebaut werden, damit mittelfristig mehr preisgünstiger Wohnraum in der Stadt Bern entsteht. Dies deckt sich auch mit den Zielen der Wohnstrategie sowie des städtischen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik, wonach insbesondere auch für Personen, die auf dem freien Wohnungsmarkt kaum Zugang zu qualitativ gutem Wohnraum haben, ein Wohnungsangebot geschaffen werden soll.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, den Wohnungsbestand des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik von 2000 auf mindestens 3000 Wohnungen bis ins Jahr 2030 zu erhöhen – das heisst, sein Portfolio um rund 100 Wohnungen pro Jahr zu erweitern. Davon soll mindestens die Hälfte GüWR-fähig sein.

Bern, 30. Januar 2020

Erstunterzeichnende: Yasemin Cevik, Martin Krebs

Mitunterzeichnende: Bernadette Häfliger, Edith Siegenthaler, Nora Krummen, Michael Sutter, Timur Akçasayar, Ingrid Kissling-Näf, Marieke Kruit, Patrizia Mordini, Benno Frauchiger, Peter Marbet, Esther Muntwyler